

„War schon eine Frechheit!“

Feuerwache Süderelbe: Streit zwischen CDU und SPD eskaliert

■ **NEUGRABEN/NEUWIEDENTHAL.** Unter der Woche verschickten die Genossen per e-mail eine Presseerklärung, in der sie gehörig Dampf abließen. Anlass war ein CDU-Antrag in der Bezirksversammlung zum Thema Feuerwache Süderelbe, in dem sich die CDU für eine sachliche Auseinandersetzung aussprach. Dass will die SPD natürlich auch. Die Genossen stören sich aber an der Vorgehensweise der CDU, die auf Kosten der Sicherheit der Bürger und der Arbeitsplätze der Mitarbeiter der Wache 36 geschehe.



CDU-Fraktionschef Ralf-Dieter Fischer will in sachlicher Form mit der Innenbehörde über das brenzlige Thema Schließung der Feuerwache 36 verhandeln.

Die geplante Auflösung der Feuerwache Süderelbe gerät zunehmend in die Mühlen der örtlichen Politik. Während die CDU zunächst ausführlich Experten aus der Innenbehörde zum Stand der Dinge anhören will, fordert die SPD ein klares Bekenntnis vom Senat und der CDU-GAL-Koalition im Bezirk Harburg zum Erhalt der Feuerwache 36 an ihrem bisherigen Standort.



Reizthema Feuerwache Süderelbe: Während die Innenbehörde deren Schließung ins Auge fasst, fordern örtlichen Politiker ihren Erhalt am jetzigen Standort.

Fotos: Koltermann

von **Matthias Koltermann**

„Die Antragsteller, Herr Ernst Hornung und Herr Ralf-Dieter Fischer, scheinen in dieser Sache über ein schlechtes Gedächtnis zu verfügen. Bereits in der Novembersitzung der Bezirksversammlung wurde von der SPD-Fraktion gefordert, dass der Standort der Feuerwache Süderelbe erhalten bleiben müsse. Die Koalition aus CDU und GAL konnte den Antrag allerdings nicht zustimmen, sondern wollte zunächst einen Bericht über den Stand der Dinge. Dass der SPD-Antrag damals gerade von den jetzigen Antragstellern der CDU-Fraktion als ein Hinterherlaufen von populistischen Mitteilungen und dem Antragsteller seinerzeit

Populismus vorgeworfen wurde, war schon eine Frechheit“, kritisiert der Neugrabener SPD-Bezirksabgeordnete Arend Wiese. Dieser wirft der CDU Kurzsichtigkeit vor, da man bereits im November gemeinsam mit der SPD-Fraktion „die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuerwache 36“ und deren Erhalt per Antrag hätte würdigen können. Man werde einem Abbau der Sicherheit für die Bürger der Region Süderelbe nicht tatenlos zusehen, kündigt Wiese an.

CDU-Chef Ralf-Dieter Fischer versteht die Aufregung um seinen An-

trag nicht. „Eigentlich wollte ich mich zu Anmerkungen von Herrn Wiese nicht mehr äußern. Meistens sind sie verquer oder falsch“, schießt der CDU-Fraktionsvorsitzende scharf zurück. Doch dann kehrt Fischer zur Sachlichkeit zurück. Diese sei ein Markenzeichen der CDU-GAL-Koalition im Bezirk Harburg. „Dass wir unsere Anliegen mit Beharrlichkeit und Sachverstand vertreten, ist beim Senat schon lange bekannt. Deswegen sind wir beim Senat auch gefürchtet“, scherzt Fi-

scher, um dann zum Thema zu kommen. Grundsätzlich sei die CDU-GAL-Koalition für den Verbleib der Feuerwache Süderelbe am jetzigen Standort. Die CDU-Bürgerschaftsabgeordneten André Trepoll und Heiko Hecht hätten dies auch Innensenator Christoph Ahlhaus zu verstehen gegeben. Wenn es keine überzeugenden Gründe für eine Zusammenlegung

der Wachen von Süderelbe und Finkenwerder gebe, würde man sich für den Erhalt der Feuerwache Süderelbe einsetzen, so Fischer.

Dieser gibt zu bedenken, dass sich die Sicherheitslage im Raum Süderelbe seit der letzten Ri-



Der Neugrabener SPD-Bezirksabgeordnete Arend Wiese kritisiert in scharfer Form die Vorgehensweise der CDU in Sachen Verlegung der Feuerwache 36.

konstruktiv untersuchen vor 20 Jahren verändert habe. In diesem Zusammenhang müssten die Neubaugebiete „Elbmosaik“ und Röttiger-Kaserne, das zukünftige Kohlekraftwerk Moorburg, die geplante Autobahn A 26 oder die Hafenspurweite bedacht werden.

Fortsetzung auf Seite 13

„War schon eine Frechheit!“

Feuerwache Süderelbe: Streit zwischen CDU und SPD eskaliert

Fortsetzung von Seite 1

Auch neue Aspekte wie beispielsweise wie die Abhängigkeit der Höhe der Feuerversicherungsprämien von der Entfernung zur nächsten Feuerwache oder besondere Sicherungseinrichtungen an Gebäuden bei längeren Anfahrtszeiten müssten berücksichtigt werden. Die Innenbehörde ha-

be über diese wichtigen Aspekte noch nichts verlaublichen lassen, so Fischer.

Der CDU-Mann weist abschließend darauf hin, dass der Bezirk Harburg seit der Bezirksverwaltungsreform 2007 laut Paragraph 28 ein Mitspracherecht bei der Standortfrage besitzt, was man nicht außer Acht lassen dürfte.